Dresdner Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Abonnementspreis mit der tägl. Unterhaltungsbeilage **Leben, Wissen, Kunst** und der Frauen- und Jugendzeitung einschließl. Bringerlohn monatlich 80 Pf. Durch die Post bezogen vierteljährl. M. 2.75, unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn M. 5.— Erscheint tägl. mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.

Redaktion: Gr. Zwingerstraße 14, II. Tel. 8465. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. **Expedition:** Gr. Zwingerstraße 14. Tel. 1769. Geschäftszeit von 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.

Inserate werden die 6gespaltene Petitzeile mit 25 Pf. berechnet, bei mehrmaliger Wiederholung wird Rabatt gewährt. Vereinsanzeigen 20 Pf. Inserate müssen bis spätestens ½10 Uhr früh in der Expedition abgegeben sein und sind im voraus zu bezahlen. — **Telegramm-Adresse:** Dresdner Volkszeitung.

Nr. 184. | Dresden, Freitag den 11. August 1911. | 22. Jahrg.

Die Wahlaussichten der Sozialdemokratie.

Die kommenden Reichstagswahlen werden hoffentlich der Sozialdemokratie starken Zuwachs an Stimmen und Mandaten bringen. Im nachstehenden geben wir nun eine Zusammenstellung der Kreise, die wir im Besitz, also zu verteidigen haben, und derjenigen, die für uns verhältnismäßig leicht zu gewinnen sind. In den 43 Kreisen, die uns bei den letzten Wahlen zugefallen sind, haben wir von den gesamten abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang erhalten:

1.	Duisburg-Mülheim	29,7	Proz.
2.	Wiesbaden	31,5	"
3.	Bochum	36,8	"
4.	Bielefeld	36,6	"
5.	Karlsruhe-Bruchsal	37,8	"
6.	Straßburg-Stadt	40,3	"
7.	Dortmund-Hörde	42,0	"
8.	Höchst-Illingen	42,0	"
9.	Mainz-Oppenheim	45,0	Proz.
10.	Pforzheim-Durlach	45,1	"
11.	Speyer-Ludwigshafen	45,8	"
12.	München II	49,0	"
13.	Offenbach-Dieburg	49,2	"
14.	Hanau-Gelnhausen	49,4	"

Ueber 50 Proz. der abgegebenen Stimmen erreichten wir in den folgenden Kreisen, die uns demnach im ersten Wahlgang zufielen:

15.	Dresden-Neustadt	50,3	Proz.
16.	Hannover-Linden	50,4	"
17.	Lübeck	50,6	"
18.	Waldenburg	50,7	"
19.	Mannheim-Weinh.	50,9	"
20.	Solingen	50,9	"
21.	Kiel-Rendsburg	51,2	"
22.	Stuttgart	51,2	"
23.	Halle-Aschersleben	51,3	"
24.	Mülhausen i. Els.	52,0	"
25.	Teltow-Beeskow	52,1	"
26.	Berlin II	53,2	"
27.	Mittweida-Hochlitz	54,0	"
28.	Berlin III	55,0	"
29.	Zwickau-Crimmitsch.	55,0	"
30.	Nürnberg	55,1	Proz.
31.	Glauchau-Meerane	55,2	"
32.	Hamburg III	55,5	"
33.	Dresden-Land	56,0	"
34.	Stolberg-Schmeeberg	56,4	"
35.	Berlin V	56,6	"
36.	Leipzig-Land	58,1	"
37.	Chemnitz	59,3	"
38.	Niederbarnim	61,0	"
39.	Altona	64,4	"
40.	Hamburg I	66,2	"
41.	Berlin VI	71,6	"
42.	Hamburg II	72,2	"
43.	Berlin IV	75,6	"

Die Nachwahlen können unberücksichtigt bleiben, soweit die Stimmenziffern von 1907 schon gute Aussichten eröffneten, sind die erorberten Kreise in den nachfolgenden mitaufgeführt. In diesen Kreisen erzielen wir teils so erhebliche Stimmenminoritäten, daß mit einem Siege gerechnet werden kann, teils waren die Kreise vor 1907 schon lange Zeit im Besitz der Sozialdemokratie:

1.	Neustadt-Landau	29,5	Proz.
2.	Ueckermünde-Anklam	30	"
3.	Koburg-Gotha	33	"
4.	Eisenach-Dermbach	34	"
5.	Friedberg-Büdingen	35	"
6.	Schwerin-Hagenow	37,2	"
7.	Stadt Leipzig	37,2	"
8.	Oberbarnim	37,6	"
9.	Harburg-Neuenburg	37,7	"
10.	Berlin I	38	"
11.	Bayreuth	38	"
12.	Oschatz	38	"
13.	Pirna	38	"
14.	Plauen	38	"
15.	Hameln	38	"
16.	Freiberg i. Sa.	39	"
17.	Frankfurt-Lebus	40	"
18.	Görlitz	40	"
19.	Halberstadt	40	"
20.	Hagen i. W.	41	"
21.	Lennep-Mettmann	41	"
22.	Holzminden	41	"
23.	Dessau-Zerbst	41	"
24.	Soran	42	"
25.	Köthen i. Anh.	42	"
26.	Eßlingen	42	"
27.	Meerz	42	"
28.	Potsdam	42	"
29.	Randow-Greifenh.	43	"
30.	Breslau, Ost	43	"
31.	Reichenbach-Neurode	43	"
32.	Kassel	43	"
33.	Zittau	43	"
34.	Schleusa-Marienbg.	43	"
35.	Rostock	43	Proz.
36.	Bernburg	43	"
37.	Erfurt	43	"
38.	Naumburg	43	"
39.	Hof	44	"
40.	Erlangen	44	"
41.	Dresden-Altstadt	44	"
42.	Annaberg	44	"
43.	Darmstadt	44	"
44.	Schwarzbg.-Rudolst.	44	"
45.	Stettin	45	"
46.	Pinneberg	45	"
47.	Elberfeld-Barmen	45	"
48.	Meißen	45	"
49.	Cannstatt	45	"
50.	Sachsen-Altenburg	45	"
51.	Gera	45	"
52.	Halle	45	"
53.	Königsberg	46	"
54.	Braunschweig	46	"
55.	Gotha	46	"
56.	Brandenburg	46	"
57.	Magdeburg	47	"
58.	Wanzleben	47	"
59.	Frankfurt a. M.	47	"
60.	Pirna	47	"
61.	Döbeln	47	"
62.	Göppingen	47	"
63.	Gmünd	47	"
64.	Breslau-West	48	"
65.	Bremen	48	"
66.	Reichenbach-Auerbach	49	"
67.	Sonneberg-Saalfeld	49	"

Daß die Wahlkreise, in welchen mehr als 50 Proz. der abgegebenen Stimmen auf uns fielen, nicht immer zu den sicheren Kreisen zählen, haben wir bei der letzten Wahl erfahren. Denn von den 56 Kreisen, die wir 1903 im ersten Wahlgang eroberten, haben wir 1907 27 überhaupt nicht zu halten vermocht. Es sind das: Auerbach i. V., Pirna, Marienberg i. S., Sonneberg, Meißen, Reuß j. L., Dresden-Altstadt, Döbeln, Breslau-West, Schwarzburg-Rudolstadt, Naumburg, Reichenbach i. Schl., Löbau i. S., Pinneberg, Braunschweig, Plauen, Sachsen-Altenburg, Darmstadt, Halle, Elberfeld, Bremen, Rostock, Zittau, Reuß ä. L., Brandenburg, Gotha, Randow-Greifenhagen. Bei der gegenwärtigen politischen Lage dürften allerdings alle die Kreise, welche wir 1907 verloren haben, zurückerobert werden. Haben wir doch selbst bei den Wahlen 1907 und trotz Mandatverlustes 233 567 Stimmen zugenommen, die neben dem zu erwartenden erheblichen Stimmenzuwachs 1912 mit in die Wagschale fallen. Die Nordd. Allgem. Ztg. hat sich vor einiger Zeit zum Zwecke, die bürgerlichen Parteien gegen die Sozialdemokratie zu einigen, die Arbeit gemacht, alle Kreise zusammenzustellen, die nach ihrer Auffassung von der Sozialdemokratie bedroht sind; und sie kam dabei zu diesem Resultat:

16 sozialdemokratische Kreise, nämlich: Bremen, Sonneberg, Göppingen, Zittau, Erlangen, Hof, Remscheid, Frankfurt a. M., Hagen, Iserlohn, Pinneberg, Zeitz, Görlitz, Breslau-West, Stettin und Königsberg.

18 Nationalliberale, nämlich: Westhavelland, Sorau, Löbau i. S., Dresden-A., Döbeln, Annaberg, Reichenbach-Auerbach, Rostock, Baireuth, Eßlingen, Darmstadt, Bernburg, Rudolstadt, Gera, Halberstadt, Erfurt, Dithmarschen und Hameln.

7 Zentrum, nämlich: Reichenbach-Neurode, Köln-Stadt, Köln-Land, Düsseldorf, Essen, Gebweiler und Krefeld.

8 Antisemiten und Mittelständler, nämlich: Weimar, Kassel, Eschwege, Pirna, Ganzleben, Böblingen und Holzminden.

18 Reichsparteiler, nämlich: Kottbus, Breslau-Ost, Altenburg, Gotha, Elberfeld, Oberbarnim, Strelitz, Bitterfeld, Bückeburg, Sangerhausen, Harburg und Jüterbog.

14 Konservative, nämlich: Kalau, Randow, Schwerin, Schweidnitz, Gränberg, Jerichow, Merseburg, Mühlhausen-Langensalza, Kaiserslautern, Ansbach, Oschatz, Malchin, Güstrow und Greiz.

Die aufgeführten Zahlen geben der „Norddeutschen" nicht unrecht. An der Sozialdemokratie wird es nun liegen, durch unausgesetzte Aufklärungsarbeit dafür zu sorgen, daß die Voraussage des Regierungsblattes zur Wahrheit werde.

Marokko.

„Grund zu ernster Beunruhigung."

Die in der Marokko-Affäre eingetretene Beruhigung kommt gewissen Chauvinisten- und Alldeutschen-Organen nicht gelegen und sie suchen nach einem Strohhalm, um von neuem Aufregung und Hetzarbeit treiben zu können. Die Deutsche Tageszeitung greift Mitteilungen der Neuen Preußischen Korrespondenz und des französischen Temps auf, die die Kompensationen Frankreichs an Deutschland behandeln und angeblich gleichlautend berichten, daß das französische Kompensationsangebot aus dem „Hinterland von Kamerun und einem ganz kleinen Stück des französischen Küstenlandes im Kongogebiet" bestehe.

Das gefällt dem Blatt natürlich nicht und es ergeht sich in Redensarten von einer Uebervorteilung Deutschlands, so ungeheuerlich, „daß wir vorläufig noch nicht daran zu glauben vermögen". Ueber die von ihm gewünschten Kompensationen äußert das Blatt:

„. . . Sollte das tatsächlich (was der Temps schreibt. D. R.), ja auch nur in ungefähren Umrissen und grundsätzlich, zutreffen, so wäre der gestern mit den Worten gekennzeichnete Augenblick gekommen: „Wir hätten nichts gegen Abbruch der Verhandlungen, wenn feststände, daß ihre Fortführung dem Deutschen Reiche weder zur Ehre noch zum Vorteile gedeihen könnte." Ja, wir möchten unter der genannten Voraussetzung dieses Urteil noch dahin akzentuieren, daß ein Ergebnis auf der Basis solcher Verhandlungen, wie es auch ausfallen mag, völlig unannehmbar erscheint. Gerade die Voraussetzungen, die allein die ganze Kompensationsidee als solche annehmbar machen könnten, würden vollkommen wegfallen. Die Voraussetzungen bestanden darin, daß die Abtretung des französischen Kongogebietes von der Küste bis zum Sangeflusse uns nicht nur ein an sich wertvolles Kolonialgebiet einbrächten, sondern auch den deutschen Kolonialbesitz an die portugiesischen und belgischen Gebiete angrenzen ließen, und zwar mit langen Grenzen. Die in den beiden genannten Blättern angedeutete Lösung aber würde Deutschland lediglich etwas Hinterland und im besten Falle eine schmale Verbindung nach dem Kongoflusse hin bringen. Wenn eine solche Neuregelung auf der Grundlage gegenseitiger Kolonialabtretungen ganz unabhängig von der Marokkofrage getroffen würde, so ließe sich darüber reden; sie aber als „Kompensation" anzusehen, als einen Ausgleich für ein Französisch-Marokko, indem obendrein auch Deutschland seinerseits von Kamerun ein Stück abtritt, das würde in der Tat ein beinahe unglaubliches Ergebnis der Verhandlungen sein, — ein Ergebnis, dessen Unterzeichnung hoffentlich kein deutscher Staatsmann als möglich ansehen wird. . . . Die Uebereinstimmung jener beiden Meldungen erscheint aber so auffallend, daß nunmehr ein ernster Anlaß zur Beunruhigung gegeben sein dürfte, um so mehr, weil die Neue Preußische Korrespondenz anscheinend gerade während der letzten Wochen verschiedentlich amtliche Darstellungen und Urteile verbreitet hat. Sollte jene Version stimmen, so würde die Regierung von jetzt an auch den Teil der deutschen nationalen Presse unter den entschiedenen Gegnern ihrer Marokko- und Kompensationspolitik sehen, der bisher in Ermangelung von tatsächlichen Beweisen eine solche Entwicklung der Dinge nicht als tatsächlich annehmen, nicht für möglich halten wollte."

Mit ihren Klagen muß sich die Deutsche Tageszeitung schon an den Staatssekretär des Aeußern selbst wenden. Aber sie wird nicht erreichen, daß die große Masse des deutschen Volkes sich darum wegen des Marokko-Rummels sonderlich aufregt. Es kann ihr ziemlich einerlei sein, ob das Stück Kolonie, welches an Deutschland „angegliedert" wird, Hinterland ist oder z. B. an der portugiesischen Grenze liegt. Merken wird die große Masse erst etwas von dem neuen „Reichs"land, wenn der jetzige Rummel bezahlt werden muß und — uns sollte es nicht wundern — neue Steuern nötig sind.

Im übrigen ist bis heute auch noch gar keine Rede von einem Französisch-Marokko, mit dem die Deutsche Tageszeitung besonders an das „patriotische" Gewissen ihrer Freunde zu appellieren glaubt. Allgemein nimmt man an, daß es mit Marokko so ziemlich beim alten bleibt und daß das Abkommen von 1909 bekräftigt werden wird, das ohnehin schon den Franzosen die politische Vorherrschaft verbürgte. Sollte Frankreich weitergehende Absichten haben, so hätte es nicht allein zu bestimmen, sondern da wären auch noch die Mächte zu fragen, die an dem Algeciras-Abkommen beteiligt sind.

* * *

Völlig abgeschüttelt.

Der Vorsitzende der freikonservativen Reichstagsfraktion Fürst Hatzfeld hat an den Schriftführer der Fraktion von Ostende aus folgenden Brief gerichtet:

„Es drängt mich, Ihnen meine Meinung über den Artikel der Post vom 4. d. M. auszusprechen, worin der Verlauf der Verhandlungen über die Marokkofrage als eine nationale Schmach, viel schlimmer als Olmütz, bezeichnet wird. Dieser Artikel ist, da ich mich zurzeit auf Reisen befinde, erst nachträglich zu meiner Kenntnis gelangt. Empörend ist die Leichtfertigkeit, mit welcher über Dinge abgeurteilt wird, welche der Post nicht bekannt sind. Sie selbst wird nicht behaupten können, daß ihr die Details der Besprechungen zwischen dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes und dem französischen Botschafter bekannt wären.

Noch schlimmer ist es, daß die Person S. M. des Kaisers hierbei in einen direkten Gegensatz zu dem Reichskanzler und dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes gebracht wird, ein Umstand, den das Ausland ausbeuten und der unserm Auswärtigen Amt die Führung der Geschäfte erschweren muß.

Für das monarchische Gefühl tief verletzend ist die Art und Weise, mit welcher, in der Form rhetorischer Fragen, über S. M. den Kaiser zu Gericht gesessen wird. Wie Ihnen bekannt ist, habe ich im Mai d. J. Anlaß genommen, das Verhalten der Post in unserer Fraktion zur Sprache zu bringen. Mit dem Artikel vom 4. August d. J. hat dieses Blatt alle Beziehungen zu der Reichspartei unmöglich gemacht, und wird es nötig sein, nach Wiederzusammentritt des Reichstages hierüber einen Beschluß der Fraktion zu fassen und zur öffentlichen Kenntnis zu bringen. Ich erwarte bestimmt, daß die Partei mir hierbei zustimmen wird."

Auf diesen Brief verschickt heute die Post eine Entgegnung, in der sie davon ausgeht, daß es nicht in der Absicht des Schreibers gelegen hat, daß der Brief veröffentlicht werde. In der Entgegnung heißt es u. a.:

Im Interesse der Freikonservativen und Reichspartei liegt die Veröffentlichung (das Schreiben des Fürsten Hatzfeld. D. R.) sicherlich nicht und wird deshalb auch von maßgebender Seite der freikonservativen Partei bedauert. Was die Post selbst anbetrifft, so gehört sie seit dem 1. Juli 1910 nicht der freikonservativen oder Reichspartei, sondern einem Konsortium, dessen Mitglieder sich über das ganze Reich verteilen. Die Post hat aber freikonservative Politik getrieben, weil das Programm der freikonservativen Partei zugleich das Programm der jetzigen Besitzer der Post ist. Ganz unabhängig davon, ob die Reichspartei dem Vorschlag ihres Vorsitzenden zustimmen wird oder nicht, wird die Post auch fernerhin freikonservative Politik treiben. Der Artikel selbst ist während des Urlaubs des Hauptschriftleiters geschrieben und seine Schärfen sind gemißbilligt worden.

Die Post will jedenfalls andeuten, daß die Leute, die den Hatzfeldschen Brief an die Oeffentlichkeit gebracht haben, in der Regierung zu suchen seien. Aber darüber mag sie mit den für sie in Betracht kommenden Kreisen rechten.

Die Post hat aber nicht dieses Unglück allein. Die Berliner Ortsgruppe der Alldeutschen schreibt nämlich dem Berliner Lokal-Anzeiger, daß der bekannte Post-Artikel nicht aus alldeutschen Kreisen stamme. Es ist schlimm um die Post bestellt, wenn schon die Alldeutschen, denen so leicht keine Tollheit zu groß ist, von ihr abschwenken. Damit stehen hinter der Post nur noch ein paar rheinisch-westfälische Panzerplatteninteressenten. Zwar haben diese ihr eigentliches Organ in der Rheinisch-Westfälischen Zeitung, aber es gibt Dinge, die man einem auf eine gewisse Reputation haltenden Blatt nicht gut zumuten kann, und für solche Zwecke hält man sich die Post in Reserve. Die Rolle, die die Post zu spielen hat, liegt nun klar zu Tage.

* * *

Pressekommentare zu den Marokkoverhandlungen.

Paris, 10. August. Berliner Meldungen bestätigen, daß in deutschen politischen Kreisen gegenüber Frankreich eine sehr entgegenkommende versöhnliche Stimmung herrscht, wogegen sich eine ausgesprochene Gereiztheit gegenüber England geltend mache.

Deutsches Reich.

Fideikommißherren aller Länder, vereinigt euch.

Der Bayrische Landesleitung ist ein von mehreren bayrischen Adligen unterschriebenes Rundschreiben zugegangen, durch das die Fideikommißherren Frankens aufgefordert werden, einer Vereinigung des gebundenen Besitzes für Franken beizutreten. Es wird in dem Rundschreiben gesagt: „Nachdem sich in den letzten Jahren in den gesetzgebenden Körperschaften, sowohl im Reichstage als auch in den Landtagen der einzelnen Bundesstaaten, Strömungen gegen den gebundenen Besitz (Fideikommisse, Kondominate und Lehensgüter) geltend gemacht haben, seien in fast allen deutschen Bundesstaaten Vereinigungen der Vertreter des gebundenen Besitzes gebildet worden, welche sich zur Aufgabe gemacht hatten, die Interessen des altererbten Grundbesitzes zu wahren.

Es beständen zurzeit zwölf solcher Vereine, die einer Zentrale in Berlin angeschlossen sind. Diese Zentrale ver-

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id416951805-19110811/1 gefördert von der Deutschen Forschungsgemeinschaft DFG